

Die Abhängigkeit des kommunalen Haushaltes vom Wachstum Steuermehreinnahmen durch Gewerbe und neue Bürgerinnen und Bürger sichern

Wir hoffen, Sie sind gesund und glücklich ins neue Jahr gekommen und wünschen Ihnen, dass es für Sie ein gutes und erfolgreiches neues Jahr wird.

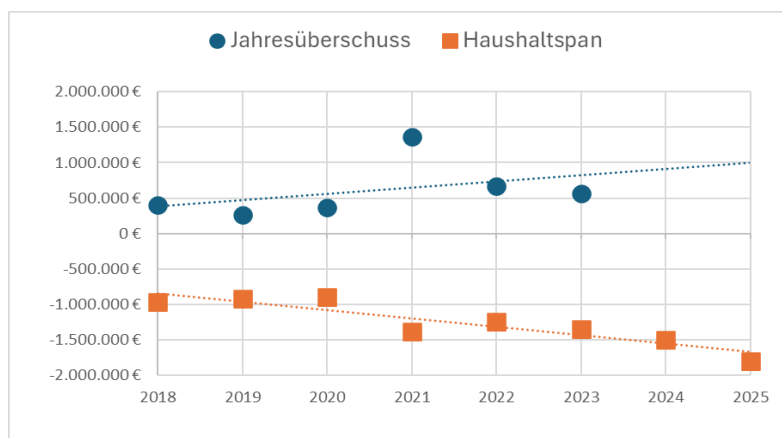


Liberaler wollen die Bürgerinnen und Bürger entlasten. (v. l. Otto, Bönning, Ahoranta und Rohlfing)

Die Kommunalpolitik beendete mit der Sitzung der Gemeindevertretung am 18. Dezember das Jahr 2024 verbunden mit der Verabschiedung des Haushaltsplanes 2025. Dieser sieht einen Fehlbetrag von über 1,8 Mio. € vor. Die Haushaltspläne der Vorjahre bis ins Jahr 2018 sahen nicht viel anders aus. Insofern war es nichts Ungewöhnliches. Doch war das Zustandekommen des Beschlusses dieses Mal anders. Man diskutierte über Konsolidierungsmaßnahmen, um den negativen Saldo der Haushaltsplanung zu verringern. Gemeindesteuern, wie Gewerbe-, Grund-, und Hundesteuern, Zuschüsse und Aufwandsentschädigungen sowie Benutzungsgebühren standen zur Disposition. Am Ende gab es eine knappe Mehrheit für die Vorlage des Haushaltsplanes mit dem Hinweis unseres Amtsdirektors, dass man im Rahmen von Beschlüssen zu Nachtragshaushalten weiterhin Planwerte prüfen und ggf. ändern könne.

Der Blick auf die Jahresabschlüsse seit 2018 zeigt, im Gegensatz zu den Haushaltsplanungen, ein durchgängig positives Bild. Die Jahresüberschüsse von 2018 bis 2023 haben sich seitdem auf eine Summe von über 3.6 Mio. € kumuliert.

Abb. Ergebnis vs. Plan:



Die Gründe für die Abweichungen sind vielfältig. Auf der einen Seite haben wir Prioritäten, Wünsche, Vorstellungen und Forderungen, wie unsere Gemeinde sich entwickeln sollte und was sie zu bieten haben müsste – ein Spiegel unserer Haushaltsplanung.

Auf der anderen Seite können wir die veranschlagten Planstellen z.B. für die Kindergärten und der betreuten Grundschule nicht vollends mit dem gewünschten Fachpersonal besetzen. Auch die Sanierung unserer Straßen, Rad- und Fußwege sowie deren Ausbau können ohne Förderprogramme von Land und Bund nicht in dem Maße umgesetzt werden – der Spiegel der Jahresabschlüsse.

Tatsächlich hat die Kommunalpolitik auf der Kostenseite wenig Einfluss. Die Umlagen an Amt, Kreis und Land mit ca. 36% und die Aufwendungen für Beschäftigte mit weiteren ca. 36% ergeben mit den Abschreibungen für in das Alter kommende Anlagevermögen ca. 80%. Letztlich ist auch an den übrigen 20% nicht viel zu knabbern, will man die Bewirtschaftung und Instandhaltung der öffentlichen Wege und der Liegenschaften nicht einschränken.

Aber da ist ja noch die Einnahmenseite. Ca. 75 % machen Grund- und Gewerbesteuer sowie der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer aus. Die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer kann die Kommune selbst bestimmen. Allerdings muss bedacht werden, dass zu hohe Hebesätze, insbesondere im Vergleich zu Nachbargemeinden, kontraproduktiv wirken könnten: Gerade Gewerbetreibende könnten dann der Gemeinde den Rücken kehren oder sich gar nicht erst ansiedeln. Auch die Grundsteuerhebesätze müssen von der Kommunalpolitik sensibel behandelt werden, zumal nach der Neuberechnung das Versprechen der Aufkommensneutralität im Raum steht.

Es bleibt noch die Möglichkeit des Wachstums - die Ansiedelung von Gewerbe und die Entwicklung neuer Wohngebiete im Einklang mit unserem dörflichen Charakter und dem Erhalt unseres Klimas und der Umwelt. Wir setzen uns dafür ein, Wachstum in Tangstedt zu ermöglichen und sehen die Chancen in priorisierten und nachvollziehbaren Planungen und offener Kommunikation.

Gern würden wir erfahren, wie Sie zur Kommunalpolitik stehen. Liegt Ihnen ein Thema besonders am Herzen? Teilen Sie uns einfach ihre Meinung mit und schreiben sie uns. Wir freuen uns auf Sie. Unsere E-Mail: info@fdp-tangstedt-stormarn.de.

Ihre FDP Tangstedt



Kai Ahoranta
Stellv. Finanzausschussvorsitzender



Volker Rohlfing
Fraktionsvorsitzender

Kontakt:

